

Uli Corona-Newsletter vom 29. September 2020

Liebe Freundinnen und Freunde,

heute tagte mal wieder die Runde der Ministerpräsident*innen mit der Bundeskanzlerin zu Corona und anderen Themen. Die Beschlüsse hängen wir euch ganz druckfrisch an. Winfried Kretschmann sieht angesichts seit Wochen stark steigender Corona-Infektionen keinen Platz für weitere Lockerungen. Er rief stattdessen zu entschlossenem Handeln auf, damit eine zweite Welle kleingehalten werden kann. Kretschmann warnte vor Nachlässigkeit. Es sei notwendig, sich zurückzunehmen - gerade in der Freizeit und bei privaten Feiern. Letztere trieben die Zahl der Neuinfektionen zurzeit hoch. Schulen und Kindergärten müssten den Präsenzbetrieb trotz der Pandemie beibehalten können, auch die allmähliche Erholung der Wirtschaft dürfe nicht gefährdet werden. Bei ihrer Konferenz hatten sich die Ministerpräsidenten mit Merkel unter anderem darauf verständigt, dass Menschen, die in einem Restaurant oder anderen Gastwirtschaften falsche Angaben zu ihrer Person machen, nun mit einem Mindestbußgeld von 50 Euro rechnen müssen. Es hat bei Überprüfungen einfach zu viele Phantasieeintragungen gegeben; in einigen Fällen konnte keine Nachverfolgung nach Infektionen durchgeführt werden. Sachen gibt es! Ich wünsche einen entspannten Abend, immer mit „AHA“.

Herzliche Grüße, Uli

Der Stand der Infektionen vom 29. September 2020

Deutschland

29.09.2020: Gesamtzahl: 287.421 (Veränderung zum Vortag: + 2.089)

Baden-Württemberg

29.09.2020: Gesamtzahl: 49.412 (+ 213); genesene Personen: 43.282 (+ 229); verstorbene Personen: 1.885 (+ 5)

Rhein-Neckar-Kreis

29.09.2020: Gesamtzahl: 1620 (+ 3); aktive Fälle: 92; genesene Personen: 1488; verstorbene Personen: 40 (-)

Bundesländern fehlen Teams zur Kontaktverfolgung bei Corona

Einige Bundesländer haben zu wenig Personal zur Kontaktnachverfolgung bei Coronavirus-Infektionen im Einsatz - anders als im April verabredet. Bund und Länder hatten sich damals verständigt, mindestens fünf Personen pro 20 000 Einwohner einzusetzen. Mehrere Länder erklärten jedoch, dass aktuell weniger Teams im Einsatz sind.

Bayern hat demnach beispielsweise 13 Millionen Einwohner, also müssten dort 650 Teams zur Verfügung stehen. Es sind aber aktuell nur 288 solcher Teams im Einsatz. Baden-Württemberg müsste dem Bericht zufolge gemessen an der Bevölkerungszahl 553 solche Teams haben. Tatsächlich gibt es dort nach Auskunft des Gesundheitsministeriums aber nur 292, bis Ende dieser Woche sollen es 314 Teams sein.

In Hessen gebe es 268 Teams, gefordert wären 313, im Saarland existieren 34 Teams, nötig wären 50. Nur Bremen hat dem Bericht zufolge nach eigenen Angaben ausreichend Personal für diese Aufgabe. Die anderen Länder antworteten demnach ausweichend, gar nicht oder gaben an, dass ihnen diese Zahlen nicht vorliegen.

Aktuelle Förderangebote in Baden-Württemberg

Nachdem wir gestern das Programm „Sofortbürgschaften für Unternehmen mit bis zu zehn Beschäftigten“ beleuchtet haben, folgte heute das „Liquiditätskredit Plus“-Programm.

Für besonders von der Corona-Krise betroffene Unternehmen bietet die L-Bank zusammen mit dem Land und der Bürgschaftsbank bis Ende des Jahres eine weitere Fördervariante „Liquiditätskredit Plus“ an. Zwei zusätzliche Förderelemente – ein Tilgungszuschuss in Höhe von 10 % und eine optionale Bürgschaft der Bürgschaftsbank (bis 2,5 Mio. Euro Bürgschaftssumme) bzw. der L-Bank (über 2,5 Mio. Euro Bürgschaftssumme) von bis zu 90 % – erleichtern den krisengeschädigten Unternehmen die Kreditaufnahme. Die bisherige Variante Liquiditätskredit steht in der bewährten Form den anderen Unternehmen offen.

Dieses Angebot richtet sich an Freiberufler*innen und gewerbliche Unternehmer*innen. Das Unternehmen darf maximal 500 Beschäftigte haben, wobei Ausnahmen möglich sind, und es muss in Baden-Württemberg tätig sein. Der Umsatz ist 2020 coronabedingt um mindestens 15 % zurückgegangen.

Ein regelrechter Katalog definiert die Voraussetzungen für „Liquiditätskredit Plus“:
<https://www.l-bank.de/produkte/wirtschaftsfoerderung/liquiditatskredit.html>

Die Förderbank des Landes informiert gemeinsam mit ihren Partnern im Rahmen des diesjährigen L-Bank-Wirtschaftsforums am 01.10.2020 umfassend über die Förder- und Hilfsangebote. Dieses Jahr ganz digital. Anmeldungen sind möglich unter:
<https://www.wirtschaftsforum-bw.de/>

Gut 20 000 Verstöße gegen die Maskenpflicht im Nahverkehr

Mehr als 20 000 Verstöße gegen die Maskenpflicht hat die Polizei im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Baden-Württemberg festgestellt. Insgesamt wurden etwa 100 000 Menschen kontrolliert, wie das Innenministerium am Dienstag mitteilte. Nur 566 dieser Verstöße wurden zur Anzeige gebracht, da die Angesprochenen meist einsichtig waren und die Maske aufsetzten

Bei den 26 Schwerpunktkontrollen, die vom 13. August bis zum 28. September stattfanden, wurden 1950 Polizistinnen und Polizisten eingesetzt. Bei einer Kontrolle in Friedrichshafen (Bodenseekreis) habe ein Maskenverweigerer aus dem Bus getragen werden müssen. Der Mann hat sich vehement geweigert, eine Maske zu tragen. Bis zum 9. Oktober sind noch 13 weitere Schwerpunktkontrollen der Polizei im Südwesten geplant.

<https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.coronavirus-in-baden-wuerttemberg-gut-20000-verstoesse-gegen-die-maskenpflicht-im-nahverkehr.6e189806-8c37-4d3c-be1e-08ab4c3ae369.html>

Niederlande verschärfen Corona-Regeln für drei Wochen

Die Niederlande verschärfen angesichts schnell steigender Fallzahlen ihre Corona-Regeln für zunächst drei Wochen. Dazu gehört, dass ab Dienstagabend alle Sportveranstaltungen ohne Publikum stattfinden müssen. Cafés und Restaurants müssen um 22.00 Uhr schließen und dürfen ab 21.00 Uhr keine neuen Gäste mehr einlassen. Außerdem dürfen insgesamt nur noch 30 Menschen zugleich in einem Lokal sein, im Freien 40.

Für alle Kontaktberufe wie Friseur oder Masseur ist eine Registrierung der Kunden verpflichtend. Mund- und Nasenschutz wird für Geschäfte empfohlen, ist aber nicht Pflicht. Die Niederlande sind bei Gesichtsmasken bisher sehr zurückhaltend gewesen. Zuhause soll man nur noch drei Gäste empfangen. Außerdem sollen alle wieder möglichst Homeoffice machen.

Die Zahl der Corona-Infektionen ist in den Niederlanden zuletzt stark angestiegen. Am Samstag gab es laut der Universität Johns Hopkins rund 2760 Neuinfektionen in dem Land mit rund 17,5 Millionen Einwohnern. Die täglichen Fallzahlen waren damit höher als in Deutschland, das mehr als viermal so viele Einwohner hat.

<https://www.tagesschau.de/ausland/niederlande-corona-verschaerfung-101.html>

Großbritannien: Erstmals mehr als 7000 neue Corona-Fälle an einem Tag

In Großbritannien sind am Dienstag zum ersten Mal seit Beginn der Pandemie mehr als 7000 neue Corona-Fälle gezählt worden. Insgesamt gab es 7142 Neuinfektionen, wie die zuständige Regierungsbehörde mitteilte. Zudem verdoppelte sich die Zahl der neuen Todesfälle innerhalb einer Woche: Lag die Zahl der Todesfälle mit einer Corona-Infektion in der vergangenen Woche noch bei 37 Fällen an einem Tag, waren es am Dienstag 71 Todesfälle. Auch die Zahl der Corona-Patienten in Krankenhäusern stieg merklich an.

Angesichts der stark steigenden Zahlen gelten in großen Teilen des Landes wieder schärfere Schutzmaßnahmen: So dürfen sich im Nordosten Englands, aber auch in Nordirland und Schottland bis auf wenige Ausnahmen keine Angehörige verschiedener Haushalte mehr treffen. Außerdem dürfen rund 3.000 Studierende ihre Wohnheime nicht verlassen. Ihnen

wurde Quarantäne und Online-Unterricht verordnet. In England müssen Pubs und Restaurants um 22 Uhr schließen.

https://www.deutschlandfunk.de/grossbritannien-und-corona-zwangsquarantaene-fuer-tausende.680.de.html?dram:article_id=484864

Südafrikas Corona-Restriktionen drängen Millionen in Arbeitslosigkeit

Während einer der weltweit striktesten Corona-Beschränkungen haben in Südafrika rund 2,2 Millionen Menschen ihre Arbeitsplätze verloren. Die offizielle Arbeitslosenquote für diese Zeit ging im zweiten Quartal zum Vorquartal von 30,1 auf nun 23,3 Prozent zurück, teilte die Statistikbehörde Stats SA am Dienstag mit. Der Grund liegt in der Definition der Quote: Sie bezieht sich auf Menschen, die aktiv eine Arbeitsstelle suchen - was zeitweise unmöglich war.

Die zweitgrößte Volkswirtschaft Afrikas erlebt zurzeit verheerende Auswirkungen der Corona-Beschränkungen auf die Wirtschaft, die sich schon vor der Virus-Krise in der Rezession befand. Millionen Menschen kämpfen dort ums Überleben, die Armut ist in wenigen Wochen dramatisch angewachsen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) schrumpfte im Vergleich zum Vorquartal um mehr als 16 Prozent, hatte Stats SA zuvor bereits mitgeteilt.

WHO will Corona-Schnelltests für ärmere Länder bereitstellen

Die Weltgesundheitsorganisation WHO setzt auf Corona-Schnelltests zur Bekämpfung der Pandemie in ärmeren Ländern. 120 Millionen sogenannte Antigen-Tests sollen für 133 Länder mit kleinen und mittleren Einkommen zur Verfügung gestellt werden, kündigte die WHO am Montagabend in Genf an. Das soll umfangreiche Tests an Orten ermöglichen, an denen der Nachweis des Virus-Erbguts im Labor (ein sogenannter PCR-Test, wie er standardmäßig zum Nachweis des Virus genutzt wird) nur schwer oder zu langsam möglich ist. Das Kürzel PCR steht für Polymerase Chain Reaction (dt.: Polymerase-Kettenreaktion), die PCR-Diagnostik dient dem direkten Erregernachweis.

Die WHO empfehle die Schnelltests im Allgemeinen vor allem als Ergänzung zu PCR-Tests, sagte die WHO-Covid-19-Beauftragte Maria van Kerkhove, eine US-amerikanische Epidemiologin. Antigen-Tests seien vor allem bei hoher Viruslast effizient und könnten helfen, wenn es etwa um die Nachverfolgung von Ausbrüchen rund um mindestens einen bereits per PCR-Test bestätigten Fall gehe. Wo Labortests tagelang dauern würden, seien Antigen-Tests dennoch eine sinnvolle Alternative.

<https://www.handelsblatt.com/politik/international/pandemie-who-will-corona-schnelltests-fuer-aermere-laender-bereitstellen/26226576.html?ticket=ST-3925638-2Xlh3fqZs5dyjlli4TYM-ap2>

Nachrichten ohne Corona

Auch Kretschmann für Ende des Verbrennungsmotors bis 2035

Winfried Kretschmann (Grüne) hat sich für ein Ende des Verbrennungsmotors bis zum Jahr 2035 ausgesprochen. Kretschmann sagte der "Rheinischen Post" (Dienstag): "Ein belastbares Datum für das Ende des Verbrenners fossiler Kraftstoffe zu nennen, ist nun wirklich schwer. Eines ist aber aus meiner Sicht klar: 2035 werden wir auf jeden Fall damit durch sein." Kretschmann sieht zu diesem Zeitpunkt das Ende des Verbrennungsmotors, gespeist aus fossilen Kraftstoffen. „Denn ob sich die E-Mobilität durchsetzt oder Wasserstoff oder Refuels, oder eben ein Mix von allen, das wird der Markt weisen.“

In unserem Programm sprechen wir uns dafür aus, etwas früher, ab 2030, nur noch emissionsfreie Autos neu zuzulassen.

https://www.morgenweb.de/mannheimer-morgen_artikel,-wirtschaft-kretschmann-setzt-frist-arid,1694996.html

10. Jahrestag des „Schwarzen Donnerstags“

Vor zehn Jahren setzte die Polizei Wasserwerfer gegen friedliche Demonstranten ein, die gegen den Baubeginn von Stuttgart 21, dem neuen Tiefbahnhof in Stuttgart, demonstrierten. Viele Menschen wurden bei einem Polizeieinsatz, der völlig aus dem Ruder gelaufen war, verletzt. Bis heute steht dieser Tag für den „Schwarzen Donnerstag“ und ein mahnendes Beispiel für miserable Bürgerinformation und unterlassene Bürgerbeteiligung. Der Einsatz der Polizei für politisches Machtinteresse war ein Tabubruch. Die Versäumnisse im Umgang mit Bürgerinnen und Bürgern und der rechtswidrige Polizeieinsatz dürfen als Lehre für die Zukunft nicht vergessen werden.

Der Schwarze Donnerstag war der Wendepunkt für eine bessere Projektbeteiligung der Bevölkerung. Heute reden alle über frühzeitige Bürgerbeteiligung. Die Bemühungen sind anzuerkennen, wenngleich die konkrete Umsetzung leider bisweilen zu wünschen übriglässt. Eine frühzeitige Bürgerbeteiligung kann zu besseren Ergebnissen, weniger Widerständen und schnellerer Umsetzung sinnvoller Bauprojekte führen. Der 30.9.2010 ist aber auch ein historischer Tag für das Land: An diesem Tag begann sich unwiderruflich der politische Wind zu drehen. Im März 2011 machte er und Grüne zur Regierungspartei und Kretschmann zum Ministerpräsidenten. Bis heute.

Das Projekt Stuttgart 21 stammt in seinen ersten Plänen aus den 1980er Jahren. Die Verkehrswende trifft also auf ein Projekt, das den heutigen Erfordernissen nicht gewachsen ist. Das Konzept des dringend notwendigen Deutschlandtaktes ist mit dem neuen Stuttgarter Tiefbahnhof ohne Erweiterungen nicht durchführbar. Damit würden es in Stuttgart auch in Zukunft noch unattraktive Umsteigezeiten geben und der mit viel Geld neu gebaute Bahnhof ein Flaschenhals im Nah- und Fernverkehr bleiben. Daher braucht es eine Ergänzungsstation am zukünftigen Hauptbahnhof, die das zeitgleiche Halten von Zügen im Sinne des Deutschlandtaktes und deutlicher Zuwächse für den Schienenverkehr ermöglicht. Die Projektpartner müssen sich daher endlich auf eine Erweiterung einlassen. Auch das ist eine

Lehre aus dem Schwarzen Donnerstag: Man muss bereit sein, seine Pläne immer wieder kritisch zu hinterfragen und darauf abzuklopfen, ob es den gesellschaftlichen Erfordernissen entspricht.

Räpple nicht mehr AfD-Mitglied

Das Bundesschiedsgericht der AfD hat den Ausschluss des umstrittenen baden-württembergischen Landtagsabgeordneten Stefan Räpple aus der Partei bestätigt

Räpple hatte am Wochenende auf einer Demonstration in Mainz zum gewaltsamen Umsturz der Regierung aufgerufen. Die baden-württembergische AfD-Fraktion hatte ihn deshalb am Montag mit sofortiger Wirkung aus der Fraktion ausgeschlossen.

Der Landesverband hatte den auch intern schon länger umstrittenen Landtagsabgeordneten in erster Instanz bereits Ende März ausgeschlossen, er blieb aber bis Montag Mitglied der Fraktion. Räpple ging gegen den Ausschluss vor - ohne Erfolg. Der Rechtsaußen sorgte immer wieder mit Provokationen für Schlagzeilen. Im Dezember 2018 etwa ließ er sich nach Zwischenrufen von der Polizei aus dem Landtag führen - ein historischer Eklat.

<https://www.sueddeutsche.de/politik/parteien-stuttgart-raepple-ist-nicht-mehr-afd-mitglied-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200928-99-739391>

Ladenburg: Wie die Stadt auf den Klimawandel reagiert

Zunehmend heiße Sommer mit immer größer werdender Trockenphasen. Der Klimawandel stellt die Kommunen vor eine Herausforderung. Die RNZ hat bei der Stadt Ladenburg nachgefragt, wie sie schon jetzt auf die Begleiterscheinungen des Klimawandels reagiert.

Besonders deutlich sind die Reaktionen vor allem bei den Pflanzungen in der Stadt. So schaffte die Stadtverwaltung bei den Bäumen an den Martinshöfen Tröpfchenbewässerung an, im gesamten Stadtgebiet werde mit Bewässerungssäckchen gearbeitet. Bei den Grünflächen setze die Stadt außerdem auf spätere Mäheinsätze, teilte die Referentin des Bürgermeisters, Nicole Hoffmann mit. Demnach sollen auch die Staudenflächen mit Wechselflor künftig mit "effizienteren, trockenheitsverträglichen Staudenbeeten mit Präriestauden" umgestaltet werden. Der Wasserverbrauch steigerte sich bedingt durch die Trockenheit um etwa zehn Prozent in den vergangenen fünf Jahren.

Auch beim Thema Schädlingsbekämpfung habe sich einiges verändert. "Sie bekommt einen neuen Stellenwert, weil invasive Arten kommen", sagte Bürgermeister Stefan Schmutz. Hoffmann ergänzte: "Die Trockenheit schwächt die Bäume und macht sie anfällig für Verbiss von Schädlingen und Pilzbefall." Problematisch seien hier vor allem der Eichenprozessionsspinner oder die Kastanienminiermotte.

https://www.rnz.de/nachrichten/bergstrasse_artikel,-ladenburg-wie-die-stadt-auf-den-klimawandel-reagiert-_arid,556350.html

Tag für Tag – wichtige Informationsquellen

Webseiten

Bundesebene und weltweit:

https://www.rki.de/DE/Home/homepage_node.html

<https://www.youtube.com/playlist?list=PLRsi8mtTLFAyJaujkSHyH9NqZbgm3fcvy>

(Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung)

<https://www.bmbf.de/de/faktencheck-zum-coronavirus-11162.html>

(Faktencheck des Bundesministeriums für Bildung und Forschung)

Baden-Württemberg:

<https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/startseite/>

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/coronavirus-liveblog-bw-100.html>

<https://www.verbraucherzentrale-bawue.de/beratung-daheim>

Rhein-Neckar-Kreis:

<https://www.rhein-neckar-kreis.de/start/landratsamt/coronavirus+faq.html>

Wichtig für euren persönlichen Umgang:

file:///itbw.local/DATA/User/Sckerl/Downloads/Merkblatt_Coronavirus_Selbsteinschaetzung.pdf

Wichtige Infos in anderen Sprachen:

<https://www.integrationsbeauftragte.de/ib-de/amt-und-person/informationen-zum-coronavirus>

Informationen in leichter Sprache:

<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/ministerium/deutsche-gebaerdensprache/deutsche-gebaerdensprache.html>

Hotlines Baden-Württemberg:

Telefonberatung für psychisch belastete Menschen: 0800 377 377 6 (täglich, 8 bis 20 Uhr)

Hotline Landesgesundheitsamt: 0711 904-39555 (Mo – Fr, 9 bis 18 Uhr)

Corona-Hotline für Unternehmen: 0800 40 200 88 (Mo – Fr, 9 bis 18 Uhr, kostenfrei)

Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“: 0800 011 6010 (aufgrund der Isolation rechnen Expertinnen und Experten mit einem Anstieg an Gewalt, insbesondere gegen Frauen – schrecklich!!)

Task Force „Beschaffung Schutzkleidung“: 0800 67 38 311 (Mo – Fr, 7 bis 22 Uhr; Sa – So, 9 – 18 Uhr) (Wer etwa Atemschutzmasken, Mundschutze etc. spenden will oder Ideen zur Bestellung hat, soll sich bitte hier melden)

Rhein-Neckar-Kreis: Hotline Gesundheitsamt Rhein-Neckar 06221 – 522 – 1881 (Mo – Fr, 7.30 – 19 Uhr)